

der österlichen Buße wohl nur von wenigen Gläubigen mitvollzogen werden würde. Ebenso scheinen auch Versuche, die Buße mehr oder weniger buchstäblich genau nach dem Ritus des Pontificale (jedoch unter Beibehaltung der individuellen Beichte) zu gestalten, wie sie z. B. in Rouen gemacht worden sind, keine große Chance zu haben, sich durchzusetzen. Wohl aber mag die Feier, wie sie in Petit-Colombes gehalten wird, durch die eine oder andere Zeremonie aus dem Pontificale liturgisch noch eindrucksvoller gestaltet werden, wenn in der Gemeinde Sinn dafür erweckt werden kann.

Gesichtspunkte zur Erneuerung

In seinen Entschlüssen erinnerte der Kongreß zunächst an einige Wahrheiten, die zwar bekannt sind, vielleicht aber in der heutigen Verkündigung und Seelsorge nicht die gebührende Rolle spielen:

1. Die Predigt der Buße ist eines der Grundthemen der biblischen Botschaft (A. T., Evangelien, Apostelgeschichte, Apokalypse).
2. Die Buße ist liturgisch nicht auf das Bußsakrament eingeschränkt. Bußcharakter tragen auch die Taufe, das Meßopfer, gewisse Zeiten im Kirchenjahr, außerordentliche kirchliche Veranstaltungen, so daß die Überlieferung den Beweis dafür liefert, daß die Buße auch nach der Vergebung der Sünden andauern muß.
3. Das moderne Wort „Buße“ bringt nicht genügend die Fülle der biblischen „Metanoia“ zum Ausdruck, sondern vorwiegend deren negativen Aspekt. Man muß mehr zu Bewußtsein bringen, daß die Wende zu Gott hin etwas Freudiges und Erlösendes ist.
4. Die christliche Buße vollzieht sich zwar auf einer kanonistischen, moralischen und psychologischen Grundlage, ist aber an und für sich ein religiöser Vollzug. Sie ist eine Gnade Gottes und Antwort auf eine Gnade. In den Akten des Pönitenten: Gewissensforschung, Reue, Vorsatz, Bekenntnis und Sühne muß der Gedanke an die Begegnung mit dem liebenden Gott stärker hervortreten.
5. Je mehr ein Christ innerlich voranschreitet, um so mehr muß er die Buße als eine ihm angemessene Haltung empfinden, was für die Heiligen ausnahmslos charakteristisch ist.

6. Die Buße ist sowohl ein individueller Vollzug jedes Gläubigen als auch ein gemeinsamer der kirchlichen Gemeinschaft. Er soll auch in allen Gliederungen dieser Gemeinschaft seinen Platz haben.

Für die Seelsorge wurden daraus die folgenden Empfehlungen abgeleitet:

1. betreffend die Pönitenten: zwei Irrtümer sind zu berichtigen. Wenn sich im Leben eines Christen trotz des Empfangs des Sakramentes wenig ändert, liegt das nicht am Sakrament, sondern daran, daß man es ohne die angemessene persönliche Aufrichtigkeit empfängt. Und andererseits, die Reform des Lebens kann dem Sakrament nicht vorausgehen, sondern ist seine eigentliche Frucht. Die häufige Beicht vertieft diese Wirkung.

2. betreffend die Beichtväter: Die Ermahnung der Pönitenten im Beichtstuhl muß ihnen zu Bewußtsein bringen, daß sie sich in dem Augenblick der Begegnung mit dem liebenden Gott befinden.

Sie muß von jener Barmherzigkeit getragen sein, die der Vater dem verlorenen Sohn entgegenbringt, und muß ebenso dem Sohne helfen, sein Leben neu zu gestalten.

Die Gesten und Worte des Priesters im Beichtstuhl müssen den Gläubigen bekanntgemacht und feierlich vollzogen werden. Die erste Beichte der Kinder ist besonders wichtig.

Der Beichtvater soll sich nicht mit dem Bekenntnis der sündhaften Akte begnügen, sondern dem Pönitenten helfen, die Triebe und Neigungen zu entdecken, in denen jene wurzeln.

Die Geschichte der Kirche zeigt die Gefahr rigoroser Strenge. Sie schreckt ab und entspricht nicht dem Vorbild des guten Hirten. Der Beichtvater soll nicht vergessen, daß auch er der Buße bedürftig ist.

3. betreffend die Pfarrgemeinden: Ihnen muß so wie je in Ausrichtung nach dem Evangelium die Buße gepredigt werden. Und es besteht ein Bedürfnis, die private Spendung des Bußsakramentes, zumal in der Osterzeit, in einen engeren Zusammenhang mit der der ganzen Kirche aufgegebenen Buße zu bringen. Bemühungen dieser Art setzen aber voraus, daß in der gesamten Seelsorge der Sinn für die Buße, auch im Leben des gläubigen und strebenden Teils der Gläubigen, mehr geweckt und deren gemeinschaftlicher Vollzug gefördert wird.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Drei Jahrzehnte „Neuer Staat“ Portugal

Die Begeisterungswelle der letzten Jahre für das Land Spanien hat sich nicht auf Portugal erstreckt. Daß Spanien für sich allein eine große Welt ist, bei der die Touristen und Autoren nur selten unter die Oberfläche dringen, kann kein hinreichender Grund sein. Er wird vielmehr in der Verschiedenheit zu suchen sein, mit der sich aller geographischen Vorstellung zum Trotz das Spanische und das Portugiesische auf der Iberischen Halbinsel gegenüberstehen. Der Portugiese kann ebenso heroisch sein wie der Spanier, aber er ist eher weiblich als männlich, poetisch, sanft und lebenswürdig, melancholisch-sentimental (Salazar spricht von der „Neigung zu Gefühlsduselei“ und der „nationalen Traurigkeit“); er ist an-

gleichend, oft unkritisch imitierend und dabei von einem emphatischen Patriotismus, an seiner kleinen Heimat hängend und auch als Großstädter provinziell. Als bestimmender portugiesischer Wesenszug gilt seit je das Wort „*saudade*“, jener nicht in andere Sprachen zu übersetzende Komplex von Weltschmerz, gegenstandsloser Sehnsucht, Heimweh und Mitleid, „*o gosto de ser triste*“, ja: „die Freude, traurig zu sein“, oder, wie Sieburg es ausdrückt, „eine ewig offene Wunde, welche niemals heilen darf und die kleine Pforte zur Unendlichkeit bildet“. Wie der Spanier ist auch der Portugiese unsozial, aber nicht königlich-revolutionär, sondern fatalistisch. Im Gegensatz zum Spanier ist er leicht zu regieren, wenn er eine Führernatur vor sich hat, die sich um ihn kümmert. „Es ist kaum begreiflich, daß zwei Völker in diesem Maße auseinanderleben“ (Reinhold Schneider).

Dem Portugiesischen fehlt damit das schon auf den ersten Blick Faszinierende der spanischen Wesensart. Hinzu kommt die Schwierigkeit der Sprache in ihrem Lautbild, die nur wenigen einen Blick in die Volksseele erlaubt. So ist Portugal (trotz seiner im Vergleich zu Spanien viel engeren atlantisch-europäischen Bindungen) für uns ein recht unbekanntes Land geblieben. In den Dreißigerjahren herrschte ein gewisses Interesse für den „Fall Salazar“, das aber kaum tiefer drang.

Die deutschsprachigen Bücher über Portugal sind schnell aufgezählt. Die Bildbände von Helga Glassner (Berlin: Atlantis 1942) und der etwas bessere von F. P. Marjay (München: Hanns Reich 1953) verdienen dabei nur beschränkte Erwähnung. Reinhold *Schneider*, selber von zutiefst „portugiesischer“ Geistesart, der viel zum geistigen und geschichtlichen Verständnis Portugals beigetragen hat (u. a. „Portugal“, München: Insel 1931, ²1947. 150 S.), kann hier ebenfalls nur genannt werden.

Von Frédéric *Gonzague de Reynold* haben wir eine sehr profilierte, plastische und kulturgeschichtlich reiche Länderkunde „Portugal gestern — heute“ (Salzburg: Otto Müller 1938. 357 S.). Sie ist ein „Zeugnis der Freundschaft, des Dankes und der Bewunderung“ (16), aber doch objektiv genug, auch die Schattenseiten aufzuzeigen: „Schöne Gesetze herausgeben und auf dem Papier schöne Organisationen entwerfen, Fassaden aufbauen, hinter denen nichts steht, das ist die Gefahr für das Volk und den neuen Staat.“ Den Intellektualismus, daß das Faktum Fátima im ganzen Buch nicht einmal erwähnt ist (diese Haltung teilt der Verfasser offensichtlich mit Salazar), kann man dem Katholiken schwerlich nachsehen.

Von ähnlich souveräner Art, wenn auch impressionistischer und aus anderen Ansatzpunkten entstanden, ist das Werk „Neues Portugal“ von Friedrich *Sieburg* (Frankfurt: Societäts-Verlag 1937. 270 S.). Auch Sieburg beschreibt das Phänomen Salazar mit deutlicher Bewunderung, aber auch er spricht von einem „Versuchslaboratorium für staatsphilosophische Ideen“ (150).

1938 sind die wichtigen Ansprachen *Salazars* (es gibt ohnehin nicht sehr viele von ihm) in einem Band deutsch erschienen (Essener Verlagsanstalt 1938. 386 S.). Sie sind substantieller, als politische Reden im allgemeinen zu sein pflegen, und sie enthüllen das ganz und gar redliche Bemühen eines im Grunde unpolitischen Staatsmannes.

Als einzige Nachkriegsveröffentlichung ihrer Art ist zu nennen „Salazar und sein neues Portugal“ von Hans *Sokol* (Graz: Styria 1957, 314 S.). Es ist ein gediegenes biographisches Werk, das die Schwächen einer Apologie hat, aber gutes Material zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte beiträgt.

Neuerdings ist noch eine profunde wissenschaftliche Arbeit von Bernhard Josef *Wenzel* erschienen: „Portugal und der Heilige Stuhl“ (Lissabon: Agência Geral do Ultramar 1958. 685 S.), eine eingehende Analyse des portugiesischen Missions- und Konkordatsrecht, die im zweiten Teil unseres Beitrags als Quelle für das Konkordat wichtig ist.

Vom Weltreich zum Staatsbankrott

Das kleine Portugal war einst nicht nur die überhaupt erste Nation im modernen Sinn, sondern zugleich damit die führende Nation Europas, die im 15. Jahrhundert dem zu eng gewordenen Kontinent die Länder des Erd-

balls, die Schifffahrt und die Periode der Neuzeit öffnete. Aber diese großartige kolonisatorische Leistung ging weit über seine Kräfte und die Zahl seiner Menschen und hat es ruiniert. „Europa wurde reich am Hunger dieser Phantasten“ (Reinhold Schneider). Die beiden Marksteine des Niedergangs sind die Niederlage von Alcazar-Quivir 1578 (der eine 60jährige spanische Herrschaft folgte) und der Vertrag von Methwen 1703, der das Land in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von England brachte, so daß bisweilen geradezu von einer „englischen Kolonie“ die Rede war. Für zweieinhalb Jahrhundert bot Portugal das Bild eines verfallenden, anarchischen Landes, dessen Abstieg nur wenige Male von bescheidenen Perioden neuer nationaler Selbstfindung unterbrochen war. Mit der brasilianischen Unabhängigkeit ging 1822 das letzte materielle Fundament verloren.

Die die Tendenzen der Französischen Revolution imitierende Verfassung des gleichen Jahres eröffnete ein Jahrhundert der Parteiwirren, der Aufstände und Staatsstrieche. Liberalismus und Parlamentarismus waren die geborenen Ideologien, um Portugals nationale Schwächen und Fehler — Individualismus, Lässigkeit, Konspiration — noch zu pflegen und zu züchten. Zwischen 1820 und 1828 wechselten sich 63 Minister und Staatssekretäre ab, im zweiten Abschnitt 1830/70 waren es rund 600. Zu diesem Zeitpunkt war das „allgemeine“ Wahlrecht bereits so manipuliert, daß von 5 Millionen Einwohnern nur mehr 428 000 wählen konnten. Die jeweils um die Macht kämpfende Clique — ob „Liberale“ oder „Konservative“ — wandte alle Mittel von Wahlbestechung und Korruption an, die jeweils herrschende trieb einen wahren Handel mit nepotistischen Ämtern und Bevorrechtungen. Die Defizite der Staatshaushalte überschritten zwischen 1879 und 1893 den Betrag von 314 Milliarden Reis (60 Millionen Goldmark).

Die Freimaurerei konzentrierte ihren Kampf zunächst auf die Kirche (1834 Auflösung der religiösen Orden) und stürzte dann 1910 den letzten nationalen Zusammenhalt, die Monarchie (Haus Bragança seit 1640). Die folgenden 15 Jahre verbrauchten 8 Präsidenten (davon einer ermordet) und 34 Regierungen; es gab mehr als 20 Staatsstrieche und 158 Streiks. Allein zwischen 1920 und 1925 explodierten in Lissabon 325 Bomben. Schon 1891 hatte der Goldstandard aufgegeben werden müssen, nach dem Weltkrieg folgte eine Inflation auf die andere. Die Staatshaushalte schlossen nach 6 Jahren mit einem Defizit von 30 Millionen Gold-Pfund. Das Land war so bankrott wie niemals ein anderes in der Geschichte und mußte den Völkerbund um Hilfe anrufen. In jener Zeit entstand (vermutlich erstmals auf belgischer Seite) das bezeichnende Wort „portugalisieren“ als Ausdruck dafür, wie ein Land durch Parlamentarismus, Wahlkämpfe, Staatsstrieche und Revolutionen ruiniert werden kann.

Einige Reformversuche wurden brutal erstickt, bei Bedarf durch Mord (König Carlos und sein Kronprinz Luis Filipe 1908, Präsident Pais 1918, die Politiker M. dos Santos und A. Granjo 1921). „Eine Republik von Abenteurern und Bilderstürmern, die zwischen zwei vorherrschenden Einflüssen — dem der Freimaurerei und dem des Pöbels — hin und her pendelte und sich inmitten von blutiger Unordnung, sterilen Improvisationen und offenkundigen Skandalen in Unfähigkeit, Massaker und Anarchie mühsam dahinschleppte“, so charakterisiert João Ameal diese Zeit („Historia de Portugal“).

Die nationale Revolution

Die nationale Revolution kam dann von der Armee, die die Heimstätte des Nationalgefühls geblieben war. Marschall Gomes da Costa, ihr verdienter Führer, erließ am 27. Mai 1926 einen Aufruf an die Nation: „Portugiesen, die politische Situation des Landes ist für Männer von Würde und Ehre unerträglich . . . Portugal, zu den Waffen, für die Freiheit und die Ehre der Nation!“ Die Armee und ganz Nordportugal erhoben sich. Bereits am folgenden Tag war der Marsch auf Lissabon, das Regime brach zusammen wie ein Kartenhaus.

Zusammen mit General Carmona und einem dritten unparteiischen Mann übernahm der Marschall die Macht. Das Direktorium proklamierte eine „starke Regierung“ gegen die „Tyrannei unverantwortlicher Politisierer“. Nach internen Meinungsverschiedenheiten setzte sich General Carmona durch und übernahm im Juni die Regierung; zwei Jahre später (März 1928) wurde er zum Präsidenten der Republik gewählt und holte sich von der Universität Coimbra den 39jährigen Wissenschaftler António de Oliveira Salazar zum Finanzminister.

Der Professor aus Coimbra

Salazar kommt, wie er selbst sagt, „aus Arbeit und Armut“. Er ist der Sohn eines Landwirts aus den Bergen Mittelportugals (Diözese Viseu), der zunächst Theologie studierte. Nachdem er schon die niederen Weihen erhalten und in seiner Heimatkirche gepredigt hatte, wechselte er in die weltliche Wissenschaft über. Schon mit 27 Jahren wurde der hochbegabte Student zum Dozenten berufen und war zwei Jahre später Professor für Volkswirtschaft an der alten und international angesehenen Universität. Für die katholische Zentrumspartei wurde er 1921 zum Abgeordneten gewählt, verließ aber schon nach dem ersten Sitzungstag entsetzt das Parlament und jede politische Tätigkeit. Zu seiner Charakterisierung sagte Salazar später (1932) über sich selbst: „er überstürzt nichts, er macht keine Ausflüchte, er geht nicht zu weit, er bemüht sich, gerecht zu sein, er gibt nicht nach“.

Bereits im Jahre 1927 war Salazar zum Finanzminister berufen worden, aber nach fünf Tagen zurückgetreten, weil seine Bedingungen nicht erfüllt wurden. Als die Staatsfinanzen vor dem Zusammenbruch standen und der Völkerbund für den Fall einer Anleihe die Kontrolle beanspruchte, holte Carmona im April 1928 den Professor ein zweites Mal und akzeptierte sein Ultimatum, das absolute Befugnisse für die gesamten Staatsfinanzen beanspruchte. Salazars erste Erklärung an die Nation schloß mit der Bemerkung, daß jeden Tag ein Zug von Lissabon nach Coimbra fahre.

Diese Drohung brauchte er nicht nochmals wahr zu machen. Der Finanzdiktator wider Willen (so die Selbstbezeichnung 1929) blieb und brachte innerhalb einiger Monate mit den klassischen Mitteln und mit spartanischer Sparsamkeit die Staatsfinanzen in Ordnung. Die staatlichen Schuldverschreibungen wurden eingelöst, die äußere Verschuldung ganz und die innere zum größeren Teil getilgt, der Escudo als bis heute harte Währung stabilisiert. Seit 1928 schließen die Staatsbudgets fast ohne Ausnahme mit Überschüssen ab — ein in der ganzen Welt einmaliger Fall.

Fünf Jahre später, 1933, wurde Salazar Ministerpräsident und ging an die Gesamtreform des Landes. Seine

Wesenszüge blieben: eine kühle, in sich gekehrte, profes-sorale Sachlichkeit, die das Volk als Erziehungsobjekt betrachtet, eine schüchterne Einsamkeit und Junggesellschenschaft, eine puritanische Strenge und ein erstaunliches Mißtrauen gegen jede Volkstümllichkeit; für sein Leben und Wirken ist „Ordnung“ der beherrschende Begriff. Salazar sagt von sich selbst, daß er das Leben nicht liebe, daß er ein „Unbefriedigter“, ja ein „Gefangener“ sei. Er ist der Meinung, daß man ein Volk nicht zugleich regieren und begeistern kann. Salazar war der Mann, der ein Volk aus der Katastrophe herausführen konnte, aber er konnte nie eine vom Volk geliebte Verkörperung des Staates werden, um so mehr, als er genau jene Wesenseigenschaften repräsentiert, die dem portugiesischen Nationalcharakter im ganzen abgehen.

Auf die Dauer muß das bedenklich sein. Der offizielle Begriff für das Regime Salazar heißt „Situação“ (die Lage), und seine Anhänger heißen „Situacionistas“. Eines solch statischen, unlebendigen Staatsbegriffs wird jedes Volk auf die Dauer müde werden. Mit 31 Jahren Amtszeit ist Salazar der Senior unter allen europäischen Herrschern und Staatsmännern. Man wird dabei freilich den Vergleich mit dem absolutistischen Marquis de Pombal nicht los, dem „Sohn des Erdbebens“ (von Lissabon 1755), der in einer gewaltigen aufklärerischen Aktion und mit stählernem Griff das Wesen des portugiesischen Volkes umwandeln zu können glaubte und doch das Land bei seinem Abtreten nach 32 Jahren und ungeheuren Aufbauleistungen in ein schlimmeres Chaos zurücksinken sah als vorher. „Es war nicht möglich, die Portugiesen zu einem nüchternen Volke zu machen, den Verstand an die Stelle des Gefühls, Mathematik an die Stelle des Glaubens, Pflicht an die Stelle des Enthusiasmus zu setzen“ (Reinhold Schneider). Erst die Geschichte wird diesen Vergleich widerlegen können.

Ein „starker Staat“ ohne Parteien und Parlamentarismus

Die politischen Parteien wurden nach der Revolution aufgelöst und nie wieder zugelassen. Im Juli 1930 trat an ihre Stelle die ideologisch relativ farblose „União Nacional“ (Nationale Union), als Sammelbewegung der Nation gedacht und „von der Regierung aufgefördert, die Diktatur zu unterstützen“ (Salazar bei der Gründung). Sie ist seitdem die staatstragende Organisation geworden, wobei freilich kein Zwang zur Mitarbeit ausgeübt wird. „Eine Art gültiger Ausweis für Fähigkeit und Patriotismus wird die Mitgliedschaft bei der Nationalen Union auf keinen Fall sein“ (Salazar).

Als eigentlicher Gründungstag des Neuen Staates („Estado Novo“) kann der 19. März 1933 gelten, als die neue Verfassung durch Volksabstimmung angenommen wurde. Ihr Schöpfer Salazar erläuterte im Jahr vorher seine Konzeption: „Diese Verfassung will ohne gefährliche Sprunghaftigkeit den neuen Staat Portugal bilden, der die Epoche des individualistischen Liberalismus abschließt und diesen ersetzt durch einen gesunden Nationalismus, der von der historischen Sendung der portugiesischen Nation und von einer vernünftigen Auffassung der Gesellschaftslehre bestimmt wird. Diese Grundsätze gestatten weder irgendwelche Zusammenarbeit mit Elementen, die sich noch an die alten Begriffe von Partei und Parlamentarismus klammern (mögen ihre persönliche Ehrenhaftigkeit und früheren Verdienste noch so groß sein), noch

irgendwelche Maßnahmen, die auf einen Gewaltstreich hinauslaufen. Wir wollen behutsam, doch entschlossen versuchen, aus Portugal einen starken Staat zu machen, der allen seinen Bürgern, der Nation und ihren einzelnen Gliedern Schutz gewährt; einen Staat, in dem die höchste Gewalt, die das Land seinem Oberhaupt anvertraut, gewährleistet ist und die von diesem nach freiem Ermessen ernannte Regierung wirksam arbeiten kann.“

Die Verfassung gliedert sich in zwei Teile: von den grundlegenden Garantien und vom politischen Aufbau des Staates. Bezeichnenderweise fordert Art. 133 alle zehn oder erforderlichenfalls alle fünf Jahre eine Überprüfung der Verfassung.

Staatsbegriff — Staatsgebiet — Staatsform

Art. 1 definiert die organische Staatsauffassung: „Die portugiesische Nation bildet eine moralische, politische und wirtschaftliche Einheit, deren Ziele und Interessen über denen der Individuen und Gruppen stehen, aus denen sie sich zusammensetzt.“

Die Verfassung umschreibt dann zunächst das Staatsgebiet unter Einschluß der „überseeischen Provinzen“, d. h. der acht *Kolonialgebiete* in Afrika, Südasien und Indonesien, die noch heute den 25fachen Gebietsumfang des kleinen Mutterlandes haben. Portugal hat in diesen Gebieten eine beachtliche zivilisatorische und menschliche Leistung vollbracht; mit Ausnahme von drei im Übergangsstadium befindlichen Gebieten haben die Eingeborenen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie die portugiesische Oberschicht. Es hat dort niemals Rassenprobleme gegeben; das portugiesische Ansehen ist noch immer groß; noch gibt es keinen offenen Aufstand gegen die Eingliederung in den Einheitsstaat; aber besonders in Afrika sind bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1958 erstmals mächtige Oppositionsströmungen an die Oberfläche getreten. Die Allafrikanische Volkskonferenz von Accra protestierte im Dezember 1958 gegen die in Angola herrschende „Unterdrückung“ und „Zwangsarbeit“ und gegen den um die Kolonie gelegten „Eisernen Vorhang“. Portugal, das erste große Kolonialreich, wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch das *letzte* Kolonialreich der Weltgeschichte sein; aber es wird doch der Tag kommen, da auch es zu Ende ist.

Die übrigen einleitenden Artikel besagen nichts Außerordentliches. Art. 4 spricht von der „Souveränität, die nur die Moral und das Recht als Grenzen anerkennt“, Art. 5 von der „körperschaftlichen Republik“. (In den letzten Jahren ging immer wieder das Gerücht von der unmittelbar bevorstehenden Wiedereinführung der *Monarchie*; Thronanwärter ist der bescheiden im Land lebende 52jährige Duarte Nuno aus dem Haus Bragança, ein Vetter des Fürsten Löwenstein. Eine portugiesische Monarchistenbewegung existiert, doch ist der Widerstand gegen die Restauration auch unter den engsten Mitarbeitern Salazars groß.)

Art. 8 gewährleistet zwar im Rahmen einer langen Liste von Menschenrechten den „freien Gedankenaustausch in jeder Form“ und die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, doch besteht eine Pressezensur und das Verbot oppositioneller politischer Propaganda, das nur jeweils einen Monat vor Wahlen gelockert wird. Allgemein heißt es: „Die öffentliche Meinung ist ein Grundelement der Politik und der Verwaltung des Landes [!]; es obliegt dem Staat, sie gegen alle Faktoren zu verteidigen, die sie von

der Wahrheit, von der Gerechtigkeit, von der guten Verwaltung und vom allgemeinen Wohl abbringen“ (Art. 22).

Staatsorgane und Wahlrecht

Über die Staatsorgane sagt Art. 71: „Die Souveränität ruht in der Nation und hat als Organe: den Staatsoberhaupt, die Nationalversammlung, die Regierung und die Gerichte.“ Der eigentliche Souverän ist in der Tat der Staatsoberhaupt, richtiger gesagt der „Präsident der Republik“ (1928 bis 1951 Marschall António Oscar de Fragoso Carmona, dann General Francisco H. Craveiro Lopes, seit 8. Juni 1958 Admiral Américo Deus Rodrigues Tomas). Er ernannt und entläßt die Regierungen, setzt die Wahlen fest, beruft die Nationalversammlung ein und kann sie auflösen, ja er hat sogar gesetzgebende Gewalt. Bisher wurde der Staatspräsident in siebenjährigem Turnus direkt vom Volk gewählt; doch hat Salazar nach den Ernüchterungen des Wahlkampfes von 1958 angekündigt, daß die direkte Wahl abgeschafft werden wird.

Die vom Staatspräsidenten bestellte Regierung ist nur diesem und nicht dem Parlament verantwortlich. Die 120 Abgeordneten der *Nationalversammlung* werden auf Vorschlag der „Nationalen Union“ vom Volk für vier Jahre gewählt. Die Nationalversammlung tagt nur drei Monate im Jahr und beschließt die großen Rahmengesetze. Theoretisch hat sie (mit Ausnahme aber gerade der Gesetze, die Einnahmen und Ausgaben betreffen) ebenso wie die Regierung die Gesetzesinitiative; diese wird jedoch praktisch nur von der Regierung ausgeübt, zumal der Staatspräsident gegen alle Gesetze ein Veto-recht hat. Die Einzelgesetze und Dekrete erläßt die Regierung aus eigener Vollmacht und kann sie bei Bedarf auch abändern. Die ganze Nationalversammlung ist daher mehr oder weniger nur eine Fiktion und tritt im öffentlichen Leben auch kaum in Erscheinung, viel weniger als die „Nationale Union“.

Aufschlußreich ist noch das *Wahlrecht*. Wahlberechtigt sind alle männlichen portugiesischen Bürger, die volljährig oder für volljährig erklärt sind und lesen und schreiben können oder mindestens Steuern zahlen, sowie alle volljährigen oder für volljährig erklärten Frauen, die das Abschlußzeugnis einer höheren Schule oder mindestens einer Fachschule vorweisen können (zusammen waren das bei der letzten Wahl nur 1,21 Millionen von 9 Millionen Einwohnern). In der Praxis bedeuten diese Bestimmungen (und sind auch so gemeint), daß überwiegend nur die Haushaltungsvorstände, im Idealfall die Familienväter, wahlberechtigt sind. Als Glieder des portugiesischen Staates gelten ausdrücklich weniger die Individuen als die Familien (Art. 12 der Verfassung). Das Familienoberhaupt ist der einzige Wahlberechtigte bei den Gemeindewahlen (Art. 79).

Das Korporativsystem

Portugal hat die älteste und lebendigste korporative Tradition, die es in der Welt gibt. Schon das erste (burgundische) Herrschergeschlecht, mit dem Portugals Staatsgeschichte beginnt, fand ein reges Gemeindeleben vor, in dem die municipia der römischen Zeit fortlebten und über die westgotische und maurische Periode hinweg unverseht geblieben war. Die Rechtsbriefe des 11. Jahrhunderts bestätigten nur diesen viel älteren Zustand. Eine Lissaboner Chronik von 1383 nennt zwölf Zünfte, die mit je zwei Vertretern das „Haus der Vierundzwanzig“

bildeten. Die portugiesischen Zünfte waren dafür bekannt, daß sie die weisesten Gesetze ganz Europas erließen. Kein portugiesischer König wagte an den Zünften zu rütteln oder ihnen Abgaben aufzuerlegen; der vom Lissaboner Zunfrat gewählte Volksrichter hatte freien Zugang zum Hof und bei Feierlichkeiten seine Stellung zur Linken des Königs. Die Zünfte blieben bewahrt bis 1834, also länger als sogar in der Schweiz.

Die Anknüpfung an diese Tradition lag in Portugal näher als in irgendeinem anderen Land. Der von der christlichen Soziallehre, aber mindestens ebenso stark von Maurras und der Action Française geprägte Salazar stand bei seinem Amtsantritt vor dem Problem des Etatismus. „Der Staat ist nicht geeignet, die Wirtschaft zu lenken. Also muß er umgewandelt werden oder verzichtet“ (Salazar). An einen Verzicht, an eine freie Wirtschaft also, war aber 1926 nicht zu denken. So entstand schon in den ersten Regierungsjahren der Entwurf eines Korporativsystems. „Das Privateigentum, das Kapital und die Arbeit haben eine gemeinsame soziale Aufgabe unter einem Regime der Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Einheit“ (Art. 2 des „Gesetzes über die nationale Arbeit“ von 1933). In jeder Erwerbsgruppe sollte die Unternehmerschaft in einem örtlichen „gremio“ zusammengefaßt werden, die Arbeiter und Angestellten in einem Syndikat. Beide Organisationen sind nur miteinander möglich und bilden zusammen die „Föderation“. Die Korporation ist dann der Zusammenschluß aller Föderationen eines Erwerbszweiges.

Die ersten „korporativen“ Maßnahmen zu Beginn der Ära Salazar waren praktisch eine staatliche Koordination der Wein- und der Ölsardinenausfuhr, also ein Zwangskartell, das verständlicherweise von großem Nutzen war. Es folgten ähnliche Zusammenschlüsse in der Erzeugung von Baumwollprodukten, Reis, Weizen und Kork. In mehreren hundert Dörfern wurden „Volkshäuser“ (Casas de Povo) als ständische Zentralen gegründet, als entsprechende Parallele an der Küste die „Fischerhäuser“.

Schon im Ansatz gescheitert?

Man hat nie erfahren, warum die korporative Ordnung jahrzehntelang in Ansätzen steckenblieb. Es gibt zwar schon lange (mit wachsender Mitgliederzahl, zuletzt 167) eine „Korporative Kammer“, aber diese konnte sich nicht auf bestehende Korporationen, sondern nur auf Einzelverbände und kommunale Organisationen stützen. Nach den vielen Rechtfertigungsreden Salazars möchte man fast glauben, daß er sich der Richtigkeit seiner Konzeption selbst nicht sicher war. Er hat vor allem erlebt, daß der verordnete und reglementierte Zusammenschluß keineswegs zu einer Aufhebung der Klassenspannungen geführt, sondern die Sozialpartner eher entfremdet hat. Aber er fand anscheinend keinen anderen Weg mehr, um der etatisierten Wirtschaft wenigstens im Prinzip die Autonomie zurückzugeben. Erst im Herbst 1957, also nach drei Jahrzehnten, wurden die ersten vier Korporationen gegründet: für Landwirtschaft, für Transport und Tourismus, für Banken und Versicherungen, für Fischerei und Konservenindustrie. Ein Jahr später folgten zwei weitere: für Handel und Industrie. In ihnen sind paritätisch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ebenfalls paritätisch (nach „Sektionen“) die einzelnen Erwerbszweige vertreten. Weitere Korporationen sollen bald folgen — bis zur völligen ständischen Gliederung fehlen

noch über zwanzig. Die korporative Kammer ist zusammen mit der Nationalversammlung in die Verabschiedung der Rahmengesetzgebung eingeschaltet, doch ist über die Arbeitsweise und die Kompetenz der Korporationen selbst noch nichts bekanntgeworden.

„Diese (Gesichtspunkte bei der Bildung des Ständestaates) umfassen alle materiellen und geistigen Interessen der portugiesischen Staatsbürger; deshalb und weil der Augenblick immer näher rückt, wo bezahlte Arbeit nicht nur eine soziale Pflicht, sondern für die gesamte schaffende und freie Bevölkerung eine Tatsache ist, wird die Wirtschaft folgerichtig durch die ständische Organisation ein Element der politischen Ordnung“ (Salazar 1934). Als Element der politischen Ordnung sind die Korporationen eo ipso ein Organ des Staates; sie sind von oben verordnet, und ihre Organe sind nicht völlig frei gewählt. Salazar hat zwar viele Male betont, daß diese staatliche Initiative nur den Übergang bilden soll, bis die wirtschaftliche Ständegliederung in sich steht und funktioniert. Aber: „Die Frage ist, ob sich die verschiedenen Erwerbszweige nicht im Gegenteil an die staatliche Führung gewöhnen und sie bald nicht mehr werden entbehren können“ (Sieburg, 169). In den zwanzig Jahren seither hat sich jedenfalls nichts ereignet, was auf eine Befreiung der Korporationen aus der Staatsmaschinerie schließen läßt. Die „Volkshäuser“ und „Fischerhäuser“ sind die Dienststelle der staatlichen Fürsorge, der Ort für staatspolitische Schulung, der Treffpunkt der Nationalen Union und der uniformierten Staatsjugend (Mocidade Portuguesa).

Eine stolze Leistungsbilanz . . .

Nach drei Jahrzehnten wird es niemand für verfrüht halten, daß man die Bilanz eines politischen Werkes zieht. Ganz ohne Zweifel wird Dr. António Salazar als einer der Größten in die portugiesische Geschichte eingehen. Er hat die Finanzen seines bankrotten Landes ins Gleichgewicht gebracht, er hat wie kaum ein anderes Land in der Welt den Außenhandel liberalisiert und die Währung stabilisiert. Er hat die Industrialisierung vorangetrieben, die allein nach dem abgelaufenen Sechsjahresplan das Volkseinkommen um 21% steigerte. Er hat mit der Elektrifizierung die Energiewirtschaft des Landes nahezu autark gemacht. Er hat die Kohlenförderung verdoppelt und die übrige Bergbauförderung verdreifacht. Er hat die Weinernte verdoppelt, die Kork- und Kartoffelernte verdreifacht, die Reisernte verzehnfacht. Er hat das Verkehrswesen modernisiert, die Häfen ausgebaut und die Handelsflotte verdoppelt. Er hat in einem antimilitaristischen Volk eine Armee aufgebaut, die heute zu den kleinsten, aber anerkanntesten Streikkräften der NATO gehört. Er hat den Analphabetismus von 74% (1900) auf 40% (1950) reduziert und die technischen Lehranstalten verdreifacht. Er hat ein wildes, korruptes Land wieder zu Ordnung und Sauberkeit geführt, wenn auch von einem Extrem ins andere: aus dem anarchischen Tohuwabohu in den künstlichen Winterschlaf der „situação“.

Das alles hat wirklich Salazar getan, in der ersten Zeit ohnehin als Inhaber aller wichtigen Ministerien und später noch vielfach gegen den Widerstand der zuständigen Fachminister. Der unermüdet Tätige hatte in allem die Initiative und überwachte mit dem eigenen Rechnungsführer den Fortgang. Salazar hat Mitarbeiter, aber nicht mehr. Die Minister wurden oftmals ausgewechselt, und

zwar gerade jene, die man für seine „Kronprinzen“ gehalten hatte.

... aber eine Diktatur

Salazar nannte sein Regime bis 1935 stets „Diktatur“ und seitdem „autoritären Ständestaat“. „Überlegung und Erfahrung sowie die nationalen Ziele, welche die Diktatur bestimmen, bestärken mich in der Meinung, daß ohne Anwendung von Gewalt der Wiederaufbau Portugals nicht möglich ist“ (1932). Das haben viele eingesehen, auch viele seiner Gegner, um so mehr, als er sich stets gegen die „Elephantiasis des Staates“ wandte und die Diktatur nur einen Übergang nannte. Aber an dieser Übergangsregelung, an diesem zunächst notwendigen Ausnahmezustand hat sich bis heute nichts geändert; niemand kann in dem Formalprinzip einer reglementierten National- und Ständeversammlung eine wesentliche Wandlung oder gar Demokratisierung erblicken. Mit der wachsenden Opposition mußten sogar manche Maßnahmen verschärft, mußte die Volkswahl des Staatspräsidenten (der bei einem Ausscheiden Salazars der eigentliche Diktator sein würde) abgeschafft werden.

Der Sozialist Julius Deutsch („Wesen und Wandlung der Diktaturen“, Wien 1950) nennt als Kennzeichen aller Diktaturen: „Aufhebung der bürgerlichen Rechte, insbesondere die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung; Ersatz unabhängiger Gerichte durch administrative Willkür; Entmachtung oder völlige Zerstörung der Volksvertretungen; Vernichtung jeder Art von Opposition“. Mit Ausnahme der Rechtsstaatlichkeit trifft diese Definition für Portugal wesentlich zu. Sie heißt gewiß „die maßvollste Diktatur der Welt“ und darf nicht mit den kommunistischen „Volksdemokratien“ auf eine Stufe gestellt werden, aber es gibt andererseits an ihrem Wesen auch nichts zu beschönigen. „Es ist gewiß eine verhältnismäßig milde Diktatur; aber es ist Diktatur, auch mit einigen Verzerrungen des klassischen Faschismus: einer Geheimpolizei, einer kontrollierten Presse, einer Jugendfront und einem Konzentrationslager für politische Gefangene“ („The Commonweal“, 30. 5. 1958).

Mißverständenes Gemeinwohl

Gonzague de Reynold hat vielleicht recht, wenn er sagt: „Die Diktatur kann ebensogut *gegen* wie *für* einen totalen Staat geschaffen werden.“ Es bleibt die entscheidende Frage, wie es in dieser Hinsicht mit dem „Estado Novo“ steht. Das Korporationswesen hat die Antwort zu einem wesentlichen Teil schon vorweggenommen.

Den Artikel 2 der portugiesischen Verfassung, der in seiner Art das gefährliche „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ formuliert, haben wir oben schon zitiert. An anderer Stelle sagt die Verfassung (Art. 29): „Die nationale Wirtschaftsorganisation muß ein Maximum an Produktion und Wohlstand zugunsten der Gesellschaft ermöglichen. Sie wird eine kollektive Existenz schaffen, aus der dem Staat Macht und seinen Bürgern Gerechtigkeit erwächst.“ Sieburg (194) überliefert ein Wort Salazars, das ebenso glaubhaft ist, wie es zum Protest herausfordert — zum Protest seines ganzen Volkes: „Erst den Staat und dann die Armen und Schwachen schützen!“ Tatsächlich muß man ja alles in allem feststellen, daß sehr viel für den Staat Portugal, aber sehr viel weniger für dessen Bürger geschehen ist. Salazar hat das Hauptbuch seiner Staatsfinanzen vorbildlich geführt, aber das chronische Defizit im Haushaltungsbuch der portugiesischen Fami-

lien außer acht gelassen. Er hat die landwirtschaftliche Produktion vervielfacht, aber die Landarbeiter in der gleichen proletarischen Situation gelassen wie zur Jahrhundertwende. Er hat „Volkshäuser“ errichtet, statt eine Landreform durchzuführen. Er hat Autobahnen, Häfen und Schiffe gebaut, aber wenig für die soziale Sicherheit der Arbeiter getan. „Mit glühender Liebe umfaßt er Portugal. Aber liebt er die Menschen? Ist er nicht vielmehr von äußerster Skepsis gegen das Individuum erfüllt? Er ist so vollständig dem Werke hingegeben, daß ihm die Wechselwirkung von Mensch zu Mensch fast schon als eine Abirrung erscheint“ (Sieburg, 186).

Die Lage in der Landwirtschaft und in der Industrie

Am schlimmsten ist die soziale Lage im landwirtschaftlichen Sektor, und hier wieder insbesondere im Süden mit seinem vorherrschenden Großgrundbesitz. Rund die Hälfte der portugiesischen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt, aber diese schafft nur ein Viertel des Volkseinkommens und hinterläßt große Versorgungslücken an Grundnahrungsmitteln, die erst durch teuren Import gefüllt werden müssen. Die wichtigsten Exportgüter (Kork, Fischkonserven, Wein) sind andererseits hochspezialisierte Luxuswaren, die z. T. mit beträchtlichen Einfuhrzöllen belastet sind. Vom Preis einer im Ausland verkauften Flasche Portwein erhält der Winzer am Douro etwa 4%. Die Bewirtschaftungsmethoden sind primitiv, der Ertrag könnte noch außerordentlich gesteigert werden. Das in der Landwirtschaft erarbeitete Volkseinkommen beträgt pro Kopf im Durchschnitt weniger als 800 DM jährlich — den bäuerlichen Lebensstandard kann man sich da vorstellen. In Südportugal herrschte 1958 ein Monate andauernder Streik der Landarbeiter, der durch staatlich angeordnete Aussperrung beantwortet wurde und Tausende arbeitslos machte. „Der Streik gilt bei uns als Verbrechen“ (Salazar 1958), die Anführer werden mit Zuchthaus von 2 bis 8 Jahren bestraft.

Auch in der Industrie sind die Verhältnisse nicht rosig. Gewiß erarbeiten hier 25% der Erwerbsbevölkerung 36% des Volkseinkommens, aber auch hier liegt die Durchschnittssumme pro Kopf und Jahr (von der der Arbeiter vielleicht die Hälfte ausgezahlt bekommt) unter 3000 DM. Den absoluten industriellen Aufbauleistungen ist die Tatsache gegenüberzustellen, daß die Bevölkerung Portugals seit 1920 um 40% (auf 9 Millionen) angewachsen ist. Während die Zahl der in der Industrie Beschäftigten zwischen 1940 und 1950 um 30% anstieg (die Landflucht ist ein ernsthaftes Problem), wuchs die Produktivität im gleichen Zeitraum nur um 25%. Es gibt keine Arbeitslosenversicherung und keine Altersversorgung. Die relativ große Schar von Auswanderern spricht eine deutliche Sprache: 1952: 47 000, 1956: 27 000 (das ist gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung etwa die sechsfache Zahl).

Maßnahmen gegen die Opposition

Das Regime hatte von Anfang an gegen Oppositionen, Meutereien und Streiks zu kämpfen, deren Motive jeweils verschieden gelagert waren. Erwähnung verdient die Meuterei eines Kavallerieregiments in Porto 1947, das gegen Lissabon marschieren wollte, um freie Wahlen zu erzwingen. Hafendarbeiter streikten, in mehreren Garnisonen wurden Verschwörungen aufgedeckt. Im Volk schwelte die Mißstimmung über die Ernährungslage. Drei

Oppositionsführer wurden verhaftet, zwei Universitätsprofessoren suspendiert. 1949 wurden mehrere Hundert Personen wegen regierungsfeindlicher Tätigkeit verurteilt.

Die folgenden Jahre brachten wieder eine gewisse Beruhigung und Konsolidierung im Inneren wie in der außenpolitischen Position (NATO, Austausch von Staatsbesuchen mit England, Brasilien, den Niederlanden und Pakistan, nur 1954/55 Störungen durch den indischen Anspruch auf Goa). Die Maßnahmen gegen die Opposition haben sich freilich nicht gelockert. Die portugiesische Geheimpolizei (PIDE) ist noch mehr zu fürchten als die spanische, und Verbannungen sind ein bekanntes Mittel. Salazar geht vor allem gegen die „Spitzen“ der Opposition vor. Ein krasses Beispiel ist der liberale Publizist und ehemalige Hauptmann Henrique Galvão. Er stand zunächst loyal zu Salazar und wurde 1947 als Gutachter im Regierungsauftrag nach Angola geschickt. Nach der Kenntnis der dortigen Zustände übte er unerbittliche Kritik am (damaligen) Zwangsarbeitssystem und unterstützte 1951 einen Oppositionskandidaten. Er wurde daraufhin zu Gefängnis verurteilt, zunächst zu drei Jahren und dann erneut in einem Geheimprozeß, im Alter von 63 Jahren und ohne das Gefängnis verlassen zu haben, zu 16 Jahren, weil er auch in seiner Zelle den Widerstand gegen das Regime aufrechterhalten und zum Ausdruck gebracht hatte. Galvão ist vor einigen Wochen aus dem Gefängnis hospital geflüchtet und soll in der mexikanischen Botschaft Zuflucht gefunden haben. — Im Spätherbst 1958 wurden zwei betagte ehemalige Minister und zwei Universitätsprofessoren verhaftet, deren einziges Vergehen darin bestand, in Briefen an den Staats- und den Ministerpräsidenten gegen das Redeverbot für den von ihnen eingeladenen englischen Labour-Führer Bevan protestiert zu haben. Ihre Briefe wurden daraufhin unter der Hand in vielen Tausend Abschriften verbreitet, und die Einsprüche der immer stärker werdenden katholisch-demokratischen Kreise zwangen Salazar zur Freilassung der Inhaftierten gegen Kaution.

Wahlkämpfe als streng dosiertes Ventil

Politische Freiheit herrscht, wie schon erwähnt, immer nur für die Dauer eines Monats vor einer Wahl (die letzten drei Tage vorher wiederum ausgenommen). Da eine organisierte Opposition nicht bestehen kann, tauchen dann jeweils eine Unzahl von opponierenden Einzelnen oder Grüppchen auf, die von ultrakonservativen Monarchisten bis zu den (verbotenen, aber am besten formierten) Kommunisten reichen. Salazar betrachtete dies vermutlich als Narrenfreiheit, die sich selbst ad absurdum führen sollte. In der Regel traten die Oppositionskandidaten — soweit sie überhaupt zugelassen wurden — kurz vor dem Wahltermin zurück, weil ihnen der Boden zu heiß wurde und sie unter Protest ihre These demonstrieren wollten, daß gar keine echte Wahlfreiheit herrsche.

Die oppositionelle Front wurde freilich von Wahl zu Wahl breiter und intensiver. Bei der Parlamentswahl von 1953 kandidierten bis zum Schluß 28 Oppositionelle und erhielten rund 15 % der Stimmen (gewählt ist aber einzig die Liste, die die einfache Mehrheit erzielt). Beim Wahl-

kampf von 1957 gingen bereits Gerüchte von der Gründung einer christlich-demokratischen Partei, die von der katholischen Tageszeitung „Novidades“ dementiert werden mußten. Die Zeitung verzichtete aber nicht auf den Hinweis, daß kein Katholik gebunden sei, die „situação“ Salazars zu unterstützen. Eine Oppositionsliste wurde nur in Braga zugelassen und erhielt dort 10 % der Stimmen.

Vor der Präsidentenwahl des 8. Juni 1958 erlebte Portugal einen Wahlkampf, der nicht nur den parlamentarischen Demokratien, sondern bisweilen den Revolverstaaten Mittelamerikas glich. Gegen den Kandidaten Salazars, den inzwischen gewählten Admiral Tomas, stand als Gegenbewerber General Humberto Delgado auf, ein leidenschaftlicher Stürmer, der als sein Programm die Abberufung Salazars und die Wiederherstellung der vollen Bürgerrechte nannte. Delgado ist nicht etwa ein alter Opponent des Regimes, sondern aus dessen engstem Kreis herausgewachsen. Als junger Offizier war er mit am Aufbau des „Neuen Staates“ beteiligt und wurde nacheinander der jüngste General Portugals, Militärattaché in Washington, Chefdelegierter bei der NATO und Generaldirektor der zivilen Luftfahrt. Im Wahlkampf aber wurde er „der leibhaftige Protest eines kollektiven Unterbewußtseins gegen dreißig Jahre Vernunft, Nüchternheit, Sparsamkeit, Vorsicht, Geduld“ (FAZ, 11. 6. 58). Um ihn scharten sich schließlich alle Opponenten von den Christlich-Sozialen bis zu den Kommunisten. Es gab Tumulte mit Hunderten von Verletzten, Zusammenstöße mit der Polizei und mehr als hundert Verhaftungen. Delgado errang im Durchschnitt der ganzen Republik (einschließlich Kolonien) 23 % der Stimmen, in Salazars Hochburg Coimbra 35 % und in mehr als einem Dutzend Industrieorten die Mehrheit. Er wurde nach dieser respektablen Niederlage seines Postens in der Zivilluftfahrt enthoben und zurück zur Luftwaffe strafversetzt. Im Januar 1959 wurde er aus dem aktiven Dienst entlassen und floh daraufhin in die brasilianische Botschaft, um, wie er sagte, seiner Verhaftung zu entgehen.

Und nach Salazar?

Man spricht oft von Völkern, die für eine Demokratie nicht reif seien. Dem Schöpfer des „Estado Novo“ muß man zum Vorwurf machen, daß er es nicht nur versäumt hat, sein Volk zu dieser Reife hinzuführen, sondern daß er nicht einmal im Rahmen des Bestehenden die reale Chance für eine Nachfolge geschaffen hat. „Man sagt, Könige hätten ein schlechtes Gedächtnis; er scheint aber, daß die Völker ein noch schlechteres haben“, sagte Salazar 1930 zu seinen Gegnern. Aber sollte die Erinnerung an die freimaurerische Republik ausreichen, um ein Volk an ein unbegrenzt verlängertes Stillhalteabkommen zu binden? Für den Südländer kommt der Tag, da er eines solchen Ordnungsstaates und des hochgehängten Brotkorbes müde ist und er sogar die Anarchie der „situação“ vorzöge . . .

(Ein zweiter Beitrag wird die Lage der Kirche in Portugal, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, den Vorwurf „katholische Diktatur“ [Th. Eschenburg] und die Kritik des Episkopats am Werk Salazars untersuchen.)